

DIE ZENTRALE ROLLE VON KUNST UND KULTUR IN DER GESELLSCHAFT

Gemeinsame Erklärung der
europäischen Sozialpartner
im Bereich der darstellenden Kunst
(„Live Performance sector“)
Februar 2016

Die europäischen Sozialpartner im Bereich der darstellenden Kunst fordern die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament auf, die zentrale Rolle der Kultur und der Künste in der Gesellschaft anzuerkennen und dies auf allen Politikfeldern zum Ausdruck zu bringen.

Die europäischen Sozialpartner der Branche – d. h. Pearle*-Live Performance Europe auf Arbeitgeberseite und die European Arts and Entertainment Alliance (EAEA) auf Arbeitnehmerseite, die die in den Gewerkschaften FIA, FIM und UNI-MEI organisierten Künstler, Musiker und Techniker vertritt – erörtern seit vielen Jahren Fragen der Kulturpolitik, der öffentlichen Finanzierung sowie der Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Rahmen des europäischen sektoralen sozialen Dialogs, der von der Generaldirektion Beschäftigung der Europäischen Kommission unterstützt wird.

Seit einer internen Umfrage bei den Sozialpartnern der Branche im Jahr 2008 über die Auswirkungen der Finanzkrise, die die bis heute anhaltenden Sparmaßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten zur Folge hatte, standen die Streichungen öffentlicher Mittel für die darstellenden Künste und insbesondere deren Auswirkungen auf die Beschäftigung immer wieder auf der Tagesordnung der Sozialpartner.

Nach einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Sozialpartner im Bereich der darstellenden Kunst im Vorfeld des Beschäftigungsgipfels vom 7. Mai 2009 und angesichts des erneut von der Juncker-Kommission bekräftigten Ziels, Arbeitsplätze und Wachstum zu schaffen, fordern die EAEA und Pearle mit dieser Erklärung nun dringend gezielte Maßnahmen, insbesondere Investitionen und Förderung für die Branche.

In den letzten Jahren hat die Branche ihren Beitrag zu den Bemühungen der Regierungen um eine Konsolidierung der nationalen Haushalte geleistet. Diese Maßnahmen, etwa Kürzungen der Etats für die Künste, die Anhebung der Mehrwertsteuersätze für Kulturveranstaltungen in mehreren Mitgliedstaaten, die Schließung zahlreicher Einrichtungen und Organisationen der darstellenden Künste und damit einhergehende Arbeitsplatzverluste, hatten jedoch Auswirkungen weit über die unmittelbar in der Branche Beschäftigten hinaus. Sie haben die Gesellschaft insgesamt getroffen.

Wichtigste Schlussfolgerungen

Damit die darstellende Kunst weiter ihre gesellschaftliche Rolle wahrnehmen und insbesondere ihren öffentlichen Auftrag gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erfüllen kann, sollten die öffentlichen Investitionen entsprechend angepasst werden, sowohl durch direkte Förderung als auch über eine breite Palette anderer Maßnahmen. Das ist ein unerlässlicher Beitrag zu den Zielen von mehr Wachstum und Beschäftigung – der obersten Priorität der Europäischen Kommission.

Die europäischen Sozialpartner im Bereich der darstellenden Kunst, vertreten durch Pearle*-Live Performance Europe und die EAEA, fordern daher die EU und die Mitgliedstaaten auf:

- in Kunst und Kultur zu investieren, da die Gesellschaft ein lebendiges kulturelles Umfeld braucht, das der Bildung, der Gesundheit und dem Wohlbefinden, dem kulturellen Gedächtnis, dem künstlerischen Schaffen und der Kreativität dient;
- spezifische Steuervorschriften zu erlassen, u. a. Abschaffung des Abzugs von Quellensteuer im Land der Darbietung, für geeignete Sozialversicherungs- und Beschäftigungsregelungen zu sorgen und Ausbildung und Umschulung zu fördern, um sowohl das Wachstum der Branche zu unterstützen als auch Anreize für die Förderung durch Unternehmen und Privatpersonen zu schaffen. Wie unten beschrieben müssen diese Systeme auf die Arbeitsrealität der Branche zugeschnitten sein, deren Flexibilitätserfordernis und Unregelmäßigkeit berücksichtigen und gewährleisten, dass alle Arbeitnehmer sie in Anspruch nehmen können;
- die Mobilität weiter zu fördern: Die EU hat bereits erhebliche Fortschritte erzielt und setzt sich auch weiter dafür ein, mobile Arbeitskräfte und ihre Bedürfnisse in den Sozialversicherungs- und Steuersystemen besser zu berücksichtigen. Die Kunst- und Kulturbranche schätzt diese Bemühungen und fordert ihre Fortsetzung;
- die Sozialpartner im Bereich der darstellenden Kunst in den politischen Prozess und die Gestaltung von Maßnahmen und Aktionsplänen einzubinden und – in den EU-Mitgliedstaaten, in denen kein sektoraler sozialer Dialog (d. h. ein autonomer Dialog zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen der Branche) existiert – der Schaffung solcher Organisationen und einschlägiger Foren für den sozialen Dialog Priorität einzuräumen und sie zu unterstützen;
- dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer nicht durch Vorschriften unterschiedlicher Rechtsgebiete an der Wahrnehmung ihrer Rechte, der Ausübung ihrer Vereinigungsfreiheit oder dem Zugang zum sozialen Dialog gehindert werden und, falls erforderlich, dass die EU die Mitgliedstaaten bei der Anpassung oder Verbesserung ihrer nationalen Regelungen unterstützt.

Kunst und Kultur und ihr Platz in der Gesellschaft

Die europäischen Sozialpartner, Pearle* und EAEA, fordern die öffentliche Hand dringend auf, die Tatsache anzuerkennen, dass die Kultur und die Künste einen gesellschaftlichen Auftrag erfüllen. Die Künste und insbesondere die darstellende Kunst spiegeln unsere europäischen Kulturen und Traditionen wider; sie sind ein wichtiger Träger unserer gemeinsamen Identität und unserer Vielfalt. Sie dienen als Inspiration für Kreativität und künstlerischen Ausdruck, die als wesentlicher Bestandteil der europäischen Identität durch ein entschiedenes Bekenntnis zur Freiheit des künstlerischen Ausdrucks und zur Förderung der kulturellen Vielfalt verteidigt und geschützt werden müssen.

Die Menschen brauchen einen möglichst breiten Zugang zur Kunst. Die öffentliche Hand sollte diesen auf allen Ebenen – von der europäischen über die nationale und regionale bis hin zur lokalen und kommunalen Ebene – fördern, indem sie Infrastrukturen schaffen, die die Kunst im öffentlichen Raum zugänglich machen und ihre (lokalen) Kunsteinrichtungen und Künstlergruppen fördern.

SCHAFFUNG

EINER

NACHHALTIGEN

KULTURBRANCHE

Öffentlich geförderte Organisationen und Kultureinrichtungen sind die unentbehrliche Grundlage für das kulturelle Leben in Europa, und sie können nicht überleben ohne die eindeutige Zusage der öffentlichen Hand, sie zu erhalten und von endlosen Mittelkürzungen zu verschonen, die ihre Existenzfähigkeit ständig bedrohen. Sie sind entscheidend für die Aufrechterhaltung höchster Qualitätsstandards und die Bewahrung eines anspruchsvollen Repertoires. Sie bieten die Ausbildung, die das immaterielle Erbe der darstellenden Künste bewahrt. Sie sind außerdem unverzichtbar für die Branche, da sie immer noch stabile Beschäftigung und Chancen für hochqualifizierte Arbeitskräfte bieten. Sie sind auch für den nichtsubventionierten Teil der Branche notwendig, der dort gedeiht, wo es einen ausreichend durch öffentliche Gelder geförderten Sektor gibt, der so eine Hebelwirkung auf die gesamte darstellende Kunst ausübt. Überall in der EU haben drastische Mittelkürzungen sich auf Produktion und Beschäftigung ausgewirkt, was auch in fernerer Zukunft noch zu spüren sein wird.

- Maßnahmen sollten zunächst auf die Erhaltung von Kultureinrichtungen und die Gewährleistung ihrer Zukunftsfähigkeit abzielen.
- Weitere Maßnahmen sollten Folgendes umfassen: Schaffung neuer Infrastrukturen oder Umwidmung existierender Gebäude für Kunsteinrichtungen einschließlich Förderung der Einhaltung neuester Energiestandards; Strategien, die die Kunsterziehung für junge Menschen fördern, damit diese Kunst genießen und Kulturgeschichte verstehen lernen und die Fähigkeit erwerben, Kunst und Kreativität zu nutzen (als Ergänzung der MINT-Kompetenzen); Strategien, die es Kunsteinrichtungen ermöglichen, neue Kunstformen zu erproben und das immaterielle Kulturerbe von Musik und Werken der darstellenden Kunst genauer zu erforschen; Strategien, die Kunsteinrichtungen in die Lage versetzen, die neuen Technologien intensiver zu nutzen, um breitere Bevölkerungsschichten zu erreichen usw.
- Um die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks zu fördern, sollte die öffentliche Hand angesichts ihrer Pflicht, dieses Recht zu achten, zu schützen und zu fördern, Vorschriften und Verfahren, die das Recht auf künstlerische Freiheit und Kreativität einschränken, kritisch überprüfen.¹

Sozialpartner und Ordnungspolitik: Wo stehen die darstellenden Künste?

Die EU hat die Sozialpartner aufgefordert, einen Beitrag zur Wiederherstellung eines stabilen wirtschaftlichen Umfelds zu leisten. Die darstellende Kunst ist eine sehr arbeitsintensive Branche, die rund 1,1 Millionen Personen beschäftigt. Hierbei handelt es sich um eine vorsichtige Schätzung, da dort, wo es eine lebendige Theater- und Musikszene gibt, auch viele verwandte Tätigkeiten und Branchen wie Instrumentenbauer, Hersteller von Funkmikrofonen oder Anbieter technischer Ausrüstung gedeihen. Aufgrund der Mittelkürzungen in vielen EU-Mitgliedstaaten muss der Fokus nun auf Qualität und Nachhaltigkeit der Beschäftigung liegen, indem u. a. größeres Gewicht auf feste Beschäftigungsverhältnisse gelegt wird, damit sich langfristige und solide künstlerische Beziehungen und ein entsprechendes Repertoire entwickeln und halten können.

Außerdem muss die reale Situation der meisten der hochflexiblen Arbeitskräfte in der Branche dringend besser berücksichtigt werden. Neben den großen Einrichtungen existiert eine Vielzahl von Klein- und Kleinstunternehmen, die oft auf Projektbasis arbeiten und keine ständigen Mitarbeiter für technische oder künstlerische Aufgaben beschäftigen. So haben viele Arbeitskräfte in der Branche zahlreiche Engagements, kombinieren häufig unterschiedliche Beschäftigungsformen und arbeiten in unterschiedlichen Ländern und nationalen Beschäftigungssystemen. In der Praxis stoßen diese Arbeitskräfte oft auf Schwierigkeiten, wenn es um die Wahrnehmung ihrer Sozial- oder Arbeitnehmerrechte geht; zudem sind sie mit den Strukturen des sozialen Dialogs nur schwer zu erfassen.

Wie jedoch beim IAO-Global Dialogue Forum 2014 über Beschäftigungsverhältnisse in der Medien- und Unterhaltungsbranche hervorgehoben wurde, gelten die Grundprinzipien und Grundrechte für alle Arbeitskräfte in der Medien- und Kulturbranche, unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus (Konsenspunkt Nr. 3).² Im Februar 2015 wurde dieser Grundsatz auf der trilateralen Expertentagung der ILO zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen noch einmal bestätigt (Schlussfolgerungen, Absatz 3)³: „Atypische Beschäftigungsformen sollten den legitimen Bedürfnissen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber Rechnung tragen und nicht der Aushöhlung von menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechten wie Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung sowie Beschäftigungssicherheit dienen.“ Um den Zugang zu diesen Rechten zu gewährleisten, braucht es Sozialversicherungs- und Beschäftigungssysteme, die die Besonderheiten und den einzigartigen Wert der Arbeit in dieser Branche berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sind die UNESCO-Empfehlung von 1980 über die Stellung des Künstlers und der jüngste Analysebericht über deren Umsetzung wichtige Bezugsgrundlagen.⁴

Wenn höchste Qualitätsstandards und die hochwertigen Kompetenzen der Branche bewahrt werden sollen, muss auch der Zugang zu Aus- und Weiterbildungsprogrammen einschließlich des lebenslangen Lernens gewährleistet werden.

- Es bedarf spezifischer und gezielter Maßnahmen seitens der öffentlichen Hand, um die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität wiederherzustellen. Diese Maßnahmen werden von Land zu Land unterschiedlich sein. Dazu gehören beispielsweise spezielle Steuerregelungen, Mehrwertsteuersenkung, Steueranreize, Beschäftigungsanreize und -förderung, Steuerermäßigungen für Spenden von Unternehmen und Privatpersonen, spezielle Regelungen für die Aus- und Weiterbildung zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Begleitung für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Sozialpartner und Ordnungspolitik: Wo stehen die darstellenden Künste?

Sie können auch Maßnahmen zur Förderung eines autonomen bilateralen sozialen Dialogs zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Branche umfassen, wie beispielsweise die Anerkennung des Wertes des sozialen Dialogs als Mechanismus zur Festlegung von Arbeitsbedingungen in der Branche unabhängig von der Art des Beschäftigungsverhältnisses, und zwar in Partnerschaft mit der Regierung in speziellen trilateralen Treffen.

FÖRDERUNG DES SOZIALEN DIALOGS IN DER BRANCHE

Gemäß den Empfehlungen des Global Dialogue Forums 2014 über Medien und Kultur sollten Maßnahmen zur Verbesserung der Geschäfts- und Beschäftigungsaussichten sich auf Rechtsvorschriften stützen können, die das Vereinigungsrecht der Arbeitnehmer in der Medien- und Kulturbranche oder ihr Recht, in einen sozialen Dialog mit den Sozialpartnern einzutreten, nicht beschneiden. Die Regierungen und die Sozialpartner müssen zeitnah Aus- und Weiterbildungsstrategien entwickeln, die dem derzeitigen und künftigen Kompetenzbedarf der Branche Rechnung tragen. Die Aus- und Weiterbildung sollte dazu beitragen, der Vielfalt der Branche gerecht zu werden, und nicht nur auf diejenigen ausgerichtet sein, die in dem Bereich arbeiten möchten, sondern auch auf die bereits in der Medien- und Kulturbranche Beschäftigten. Eine weitere wichtige Strategie ist die Förderung von Medien und Kultur in den Lehrplänen (soweit möglich), um die Arbeitskräfte der Zukunft auszubilden, aber auch um das Wissen über die Produkte und Dienstleistungen zu verbessern, die die Medien- und Kulturbranche bietet. Die Sozialversicherungssysteme sollten den besonderen Bedürfnissen der Arbeitskräfte der Medien- und Kulturbranche Rechnung tragen.⁵

Es ist entscheidend, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer in die Konzeption und Entwicklung dieser Maßnahmen einbezogen werden. Die europäischen Sozialpartner unterstreichen die Notwendigkeit eines autonomen bilateralen sozialen Dialogs in den EU-Mitgliedstaaten. Wo ein solcher Dialog bereits existiert, hat sich gezeigt, dass die Branche und die für Kultur und Beschäftigung zuständigen Ministerien gut zusammenarbeiten. Die Sozialpartner sind am besten in der Lage, auf die Herausforderungen ihrer Branche zu reagieren und dabei deren große Vielfalt zu berücksichtigen (große öffentlicher Einrichtungen, subventionierte Organisationen ohne Erwerbszweck oder Unternehmen der Branche, die ohne öffentliche Finanzierung betrieben werden). Die Ausweitung und Intensivierung des sozialen Dialogs in der Branche schaffen auch fairere Wettbewerbsbedingungen und reduzieren den unfairen Wettbewerb zwischen Einrichtungen, die einen sozialen Dialog führen, und denen, die ihre Kosten zulasten der Sozial- und der Arbeitnehmerrechte der Beschäftigten drücken.

Darstellende Künste heute, morgen und in der Zukunft

Die darstellenden Künste gibt es seit Tausenden von Jahren. Viele großartige Werke aus der Vergangenheit werden nach wie vor aufgeführt, und jeden Tag kommen zahlreiche neue hinzu. Seit Jahrhunderten bereisen Künstler die ganze Welt, und das Publikum hat den künstlerischen Ausdruck anderer Länder und anderer Teile der Welt kennengelernt – lange bevor die kulturelle Vielfalt im EU-Vertrag anerkannt wurde.

MOBILITÄT:
EINE
STÄNDIGE
HERAUSFORDERUNG

Die EU und die Mitgliedstaaten machen indessen die Ausübung des Freizügigkeitsrechts immer schwieriger, indem sie immer mehr Verwaltungshindernisse schaffen: Musiker können ihre Musikinstrumente nicht mit ins Flugzeug nehmen, weil die europäischen Fluglinien sich weigern, sie zu transportieren, oder sie brauchen eine Bescheinigung für Musikinstrumente gemäß dem CITES-Übereinkommen. Künstler unterliegen im Land der Aufführung nach wie vor der Quellensteuer, was für sie Einkommenseinbußen bedeuten kann; hochmobile Künstler bekommen nur schwer klare Aussagen über ihre Sozialversicherungsansprüche.

- Maßnahmen könnten Folgendes umfassen: spezifische Vorschriften für reisende Kulturschaffende, bessere Regelungen zur Vermeidung und Abschaffung von Doppelbesteuerung, Einrichtung von Mobilitätsinfostellen, Reisekostenzuschüsse, Austauschprogramme, Tourneeförderungen usw.

¹ Der Bericht der UN-Sonderberichterstatterin für kulturelle Rechte, Farida Shaheen, über den freien künstlerischen Ausdruck ist in diesem Zusammenhang eine wertvolle Bezugsgrundlage.

² Trilaterales Treffen von Regierungs-, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern, http://www.ilo.org/sector/activities/sectoral-meetings/WCMS_243842/lang--en/index.htm

³ Trilaterales Treffen von Experten, die von den Regierungen sowie von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen benannt wurden: http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_354090.pdf

⁴ Empfehlung von 1980 über die Stellung des Künstlers: https://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bibliothek/Bundestagsdrucksache_9_963.pdf
2015: Vollständiger Analysebericht zur Umsetzung der Empfehlung über den Status des Künstlers (in englischer Sprache): https://en.unesco.org/creativity/sites/creativity/files/analytic-report_g-neil_sept2015.pdf

⁵ http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_dialogue/---sector/documents/meetingdocument/wcms_243842.pdf (Punkte 7-10)

DIE ZENTRALE ROLLE VON KUNST UND KULTUR IN DER GESELLSCHAFT

Der europäische sektorale soziale Dialog „Darstellende Kunst“

Die europäischen Sozialpartner werden vertreten durch **PEARLE*-Live performance Europe**, die Europäische Liga der Arbeitgeberverbände der darstellenden Kunst, und auf Arbeitnehmerseite durch die European Arts & Entertainment Alliance (**EAEA**), die sich zusammensetzt aus der FIM (Internationale Musikerföderation), der FIA (Internationale Schauspielerföderation) und der UNI-MEI (Global Union of Media, Entertainment & Arts).

Pearle*-Live Performance Europe vertritt rund 7000 Theater, Theaterproduktionsfirmen, Orchester, Opern, Ballett- und Tanzkompanien sowie andere professionelle Organisationen der darstellenden Künste in Europa. Die EAEA vertritt insgesamt 600 000 Arbeitnehmer der Branche.

Die europäischen Sozialpartner treten im Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog „Darstellende Kunst“ zusammen, wobei sie von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (Referat „Sozialer Dialog“) unterstützt werden.

Kontakt
office@fia-actors.com
info@pearle.ws

